

1 AdressatInnen: Programm-Kommission beim Parteivorstand,
2 Programmparteitag der SPD am 25. Juni 2017 in Dortmund
3

4 **Zeit für Gerechtigkeit** 5 **Der Münchner Beitrag zum Regierungsprogramm**

6
7 Die Grundwerte der SPD „Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität“ sind heute so aktuell wie eh und
8 je. Denn: die Ungerechtigkeiten und die Ungleichheiten nehmen weiter zu – in Bayern,
9 Deutschland, in Europa und Weltweit.

10 Krisen und Kriege, Verfolgung und Migration, Hunger und Elend sowie Abbau von Demokratie und
11 Freiheit sind die Folgen. Der Unterschied zwischen Arm und Reich wird größer anstatt kleiner.
12 Auch im vergleichsweise gutsituierten München steigt die Zahl der Menschen, die sich Leben in
13 der Stadt nur noch sehr schwer leisten können. Alle Anstrengungen der Kommunalpolitik können
14 daran nur wenig ändern, wenn die Rahmenbedingungen im Freistaat oder im Bund nicht stimmen.

15 Mühsam erkämpfte Rechte, insbesondere Frauenrechte und die Achtung von Minderheiten sind in
16 Gefahr. Immer mehr Menschen sind verunsichert und resigniert. Sie glauben, dass der Staat und
17 die Demokratie ihre Erwartungen nicht mehr erfüllen können. Das gibt Rechtspopulisten,
18 Nationalisten, Rassisten und religiösen Fanatikern Raum für vermeintlich einfache Antworten auf
19 komplexe Probleme. Die Respektlosigkeit gegenüber einzelnen Bevölkerungsgruppen, die
20 Geschichtsvergessenheit, die zunehmende Entsolidarisierung und rücksichtsloser Nationalismus
21 sind Sprengstoff für unsere Demokratie und unser Zusammenleben. Wir erleben gerade in der
22 Türkei, in den USA aber auch in Polen und Ungarn, dass dumpfer Populismus zum Verlust von
23 grundlegenden Rechten, zu einer weiteren Spaltung der Gesellschaft und am Ende zu mehr
24 Unfreiheit und Ungleichheit führt.

25 Deshalb wollen und müssen wir die Ursachen für Ungerechtigkeit und Ungleichheit wirksam
26 bekämpfen, die soziale Teilhabe aller verwirklichen und unsere freiheitliche und vielfältige
27 Demokratie verteidigen. Eine konsequente Verfolgung der Klimaschutzziele der Pariser
28 Klimaschuttkonferenz ist für uns unabdingbar.

29 In der zu Ende gehenden Legislaturperiode hat die SPD, obwohl sie der kleinere Partner in der
30 Großen Koalition im Bund ist, wichtige Erfolge erzielt: die Stärkung der Kommunen, die Einführung
31 des gesetzlichen Mindestlohns, die BAföG-Reform, Verbesserungen bei Rente und Pflege,
32 bessere Rahmenbedingungen für die Gleichstellung von Frauen und Männern, um nur einige
33 Beispiele zu nennen. Vieles ist am Widerstand der Unionsparteien gescheitert, nicht zuletzt die
34 zweite Mietrechtsreform, auf die wir in München so dringend warten. Die Bundestagsabgeordneten
35 der CSU haben sich um die besonderen Probleme in der Landeshauptstadt nicht gekümmert.

36 Mit diesen Münchner Anforderungen an ein Regierungsprogramm der SPD wollen wir - ohne jeden
37 Anspruch auf Vollständigkeit - zentrale, unverzichtbare Maßnahmen benennen, mit denen eine von
38 Martin Schulz sozialdemokratisch geführte Bundesregierung den gefährlichen Tendenzen wirksam
39 begegnen und eine neue soziale und ökonomische Dynamik entfalten kann.

40

41 **Zeit für bezahlbare Wohnungen**

42
43 Die Schaffung und Sicherung von bezahlbarem Wohnraum ist die mit Abstand wichtigste soziale
44 Frage in München, für die wir uns mit den Möglichkeiten der Kommunalpolitik seit jeher mit voller
45 Kraft einsetzen. Mit der Durchsetzung der Sozialgerechten Bodennutzung, der Entwicklung des
46 München-Modells auch für Durchschnittsverdienende und der Ausweisung von
47 Erhaltungssatzungsgebieten hat die SPD wegweisende Maßnahmen durchgesetzt, damit das
48 Wohnen in München bezahlbar bleibt. Dank unseres Einsatzes wurde in München kein städtischer
49 Wohnraum verkauft. Im Gegenteil: Vor allem mit dem Erwerb von GBW-Wohnungen, die der
50 Freistaat Bayern versilbert hat, konnten wir rund 1.200 Wohnungen mit über 76.000
51 Quadratmetern bezahlbaren Wohnraum retten – auch wenn das rund 330 Millionen Euro gekostet
52 hat.

53 Aber trotz allen Engagements und aller Anstrengungen: Wir brauchen dringender denn je
54 Bundesgesetze, die wieder für Ordnung auf dem Wohnungs- und Grundstücksmarkt sorgen.

Deshalb fordern wir:

- Verfassungskonforme Regelungen, die Grundstückspreise den freien Kräften des Marktes und dem Druck auch ausländischer Investoren und Kapitalanlegern entziehen und Grundstückspreise deckeln können;
- die Einführung einer Bodenwertabgabe zugunsten der Kommunen (Planungswertzuwachsabgabe) durch Bundesgesetz,
- ein neues Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz mit folgenden Eckpunkten:
 - mindestens 100.000 zusätzliche günstige und sozial gebundene Wohnungen als Ziel pro Jahr in Gebieten mit angespanntem Wohnungsmarkt;
 - Schaffung eines vielfältigen Marktes von Baugenossenschaften und Bauvereinen, kommunalen Wohnungsgesellschaften aber auch privaten Vermieterinnen und Vermietern für dauerhaften bezahlbaren Wohnraum – ohne Auslaufen von Bindungen und mit praktikablen Regelungen für Fehlbelegungen;
 - Gewährung einer einmaligen Investitionszulage zu den Anschaffungs- und Herstellungskosten für jeden Quadratmeter; Bereitstellung von Baugrundstücken mit einem limitierten Erbbauzins;
 - Befreiung von Wohnungsunternehmen und -gesellschaften für ihre gemeinnützige Tätigkeit von der Grunderwerbssteuer, der Gewerbesteuer und der Körperschaftssteuer;
 - Verhinderung von Missbrauch und Mitnahmeeffekten durch ausreichende Kontrolle und Berichtspflichten.
- eine Reform der Grundsteuer und die Wiedereinführung der Grundsteuer C als Instrument zur Mobilisierung von Bauland und zur Eindämmung der Bodenpreisspekulation;
- eine grundsätzliche Änderung der Liegenschaftspolitik des Bundes durch die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BIMA) und das Bundeseisenbahnvermögens (BEV). Statt Verkauf zum Höchstgebot wollen wir eine Konzeptorientierung. Kommunen ist dabei ein Vorkaufsrecht nach dem Ertragswertverfahren einzuräumen;
- mehr Bundesmittel für die soziale Wohnraumförderung und eine effektive Kontrolle der tatsächlichen Zweckbindung dieser Gelder;
- ein generelles Vorkaufsrecht für Kommunen, nicht nur in Erhaltungssatzungsgebieten. In Gebieten erhöhten Wohnungsbedarfs erhalten die Gemeinden das Recht, durch Satzung das gesamte Gemeindegebiet oder Teile davon festzulegen, in denen die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen nicht erlaubt ist (Umwandlungsverbot);
- die Wiedereinführung des §7k des Einkommensteuergesetzes, also der degressiven Sonderabschreibung für den privaten Mietwohnungsbau mit sozialer Bindung;
- eine Reform der Bauvorschriften hinsichtlich kostensteigernder Regelungen und Energiestandards, die den Mietwohnungsbau unnötig verteuern; hinsichtlich einer Beschleunigung der Verfahren vor allem bei der Erstellung von Bebauungsplänen und hinsichtlich einer Stärkung der Planungsmöglichkeiten und Planungshoheit der Kommunen;
- eine Nachjustierung bei der Mietpreisbremse. Dabei ist vor allem eine für Vermieterinnen und Vermieter verbindliche Verpflichtung aufzunehmen, Neumieterinnen und Neumieter gegenüber die vorherige Miete offenzulegen. Rückforderungen der Mieterin oder des Mieters sind unabhängig vom Zeitpunkt der Rüge rückwirkend ab Mietbeginn zu ermöglichen. Auch Neubauten oder umfassend modernisierte Wohnungen sollen in die Regelungen der Mietpreisbremse mit einbezogen werden. Die sich abzeichnende Praxis der Umgehung der

1 Mietpreisbremse durch Zuschläge für die (Teil-)Möblierung der Wohnungen gilt es zu
2 unterbinden. Es braucht Sanktionen für VermieterInnen, die gegen die Vorgaben der
3 Mietpreisbremse verstoßen;

- 4
- 5 • eine grundlegende Reform bei der Berechnung der ortsüblichen Vergleichsmiete (Mietspiegel),
6 um tatsächlich alle vorhandenen Mietwohnungen einbeziehen zu können; grundsätzlich sollen
7 Mietspiegel als qualifizierte Mietspiegel erstellt werden;
- 8
- 9 • eine Abschaffung der Umlagefähigkeit von Modernisierungskosten auf die Mieter, zumindest
10 aber eine erhebliche Reduzierung des Prozentsatzes, eine zeitliche Befristung bis zur
11 Amortisierung und eine wirksame Härtefallregelung;
- 12
- 13 • das Kündigungsrecht des Vermieters wegen Eigenbedarfs wird deutlich eingeschränkt (z. B.
14 nur möglich für in gerader Linie Verwandte, nicht für BGB-Gesellschaften und Gemeinschaften,
15 nicht für „Zweitwohnungen“);
- 16
- 17 • Kosten bei der Anbringung von Wärmedämmung auf Mehrfamilienhäuser sind als
18 Klimaschutzkosten zu definieren, an deren Finanzierung sich Vermieter und die öffentliche
19 Hand angemessen zu beteiligen haben;
- 20
- 21 • eine Reform des § 291 StGB, um einen effektiven strafrechtlichen Schutzmechanismus vor
22 Mietwucher zu schaffen;
- 23
- 24 • eine Reform der Betriebskostenverordnung mit dem Ziel, nicht-verbrauchsabhängige Kosten,
25 wie z. B. Grundsteuer und Sachversicherungen, nicht mehr als Betriebskosten auf die
26 Mieterinnen und Mieter umzulegen;
- 27
- 28 • einen Milieu- und Mieterschutz auch für kleine Gewerbebetriebe.

30 **Zeit für gerechte Rente und Altersvorsorge**

31

32 Gerade in München mit seinen hohen Lebenshaltungskosten ist die Gefahr, im Alter den
33 gewohnten Lebensstandard nicht mehr halten zu können oder gar auf Grundsicherung
34 angewiesen zu sein, besonders hoch.

35 Die umlagefinanzierte und beitragsbezogene gesetzliche Rentenversicherung hat sich bewährt
36 und sich gerade in schwierigen Zeiten als stabiler Anker erwiesen. Allerdings müssen die
37 negativen Auswirkungen der vergangenen Rentenreformen auf das Rentenniveau, das steigende
38 Risiko von Altersarmut insbesondere bei Erwerbsgeminderten, Langzeitarbeitslosen,
39 Geringverdienern und nicht abgesicherten Selbständigen überprüft und erforderliche
40 Gegenmaßnahmen zielgerichtet auf den Weg gebracht werden. Darüber hinaus muss die
41 gesetzliche Rentenversicherung auf den Wandel der Erwerbsformen und die sich verändernden
42 Erwerbsverläufe mit Brüchen in den Erwerbsbiographien und wiederholten Bildungsanstrengungen
43 angepasst werden.

44 Die gesetzliche Rentenversicherung muss für langjährig Versicherte wieder
45 lebensstandardsichernde Leistungen bieten. Betriebliche und private Vorsorge können höchstens
46 eine zusätzliche Vorsorge zur ausreichenden gesetzlichen Rente sein. Eine weitere Anhebung des
47 gesetzlichen Renteneintrittsalters lehnen wir aus heutiger Sicht ab.

48 Zur Bekämpfung der Altersarmut bedarf es auch einer neuen Lösung außerhalb der gesetzlichen
49 Rentenversicherung, in dem der Leistungsanspruch an die erbrachte Beitragsleistung zur
50 gesetzlichen Rentenversicherung anknüpft und sich die Höhe gleichzeitig am Bedarf der
51 berechtigten Rentnerinnen und Rentner orientiert. So werden mit der Solidarrente die wesentlichen
52 Nachteile früherer Modelle, die ebenfalls eine Besserstellung von Geringverdienern bewirken
53 sollten, vermieden.

54 Mit der Solidarrente soll die Lebensleistung insbesondere von Geringverdienern und Menschen,
55 die Angehörige gepflegt oder Kinder erzogen haben, honoriert werden und ein regelmäßiges

1 Alterseinkommen oberhalb des regionalen Grundsicherungsbedarfs gesichert werden. Dafür soll
2 die aus eigener Beitragszahlung erworbene Rente um einen Zuschlag so erhöht werden, dass der
3 Rentenzahlbetrag mindestens 10 % über dem regionalen durchschnittlichen
4 Grundsicherungsbedarf liegt. Besonders hohe Lebenshaltungskosten in Ballungsräumen wie
5 München müssen dabei berücksichtigt werden. Die Solidarrente soll dafür als neue Leistung
6 außerhalb des Renten- und Sozialhilferechts angelegt werden. Für die Verwaltung soll auf
7 bestehende Leistungsträger zurückgegriffen werden. Auf diese Weise werden Brüche im
8 bestehenden Versicherungssystem vermieden.“

9
10 **Deshalb fordern wir:**

- 11 • die vollständige Finanzierung aller der gesetzlichen Rentenversicherung übertragenen
12 gesamtgesellschaftlichen und nicht durch Beiträge gedeckten Leistungen, wie Mütterrente,
13 Ost-West-Angleichung, usw. aus Steuermitteln;
- 14
15 • die Einführung einer Wertschöpfungsabgabe zur Stabilisierung der gesetzlichen
16 Rentenversicherung und die Einführung einer Abgabepflicht für die Betreiber von
17 Maschinen und Techniken, die menschliche Arbeitsplätze verdrängen. Die Abgabe soll an
18 der mit diesen Robotern erzielten Wertschöpfung oder einem fiktiven "Stundenlohn"
19 bemessen werden und wie ein Steuerzuschuss dem System der gesetzlichen
20 Sozialversicherung zufließen;
- 21
22 • die Einführung einer Solidarrente für langjährig Versicherte, die deren Lebensleistung
23 insbesondere von Geringverdienern und Menschen, die Angehörige gepflegt oder Kinder
24 erzogen haben, honoriert und ein regelmäßiges Alterseinkommen oberhalb des regionalen
25 Grundsicherungsbedarfs sichert. Die Regelbedarfe sind in teuren Ballungszentren wie
26 München anzuheben.
- 27
28 • bis zur Reform der Minijobs die Streichung des derzeit möglichen individuellen Verzichts
29 auf die Rentenversicherungspflicht bei niedrigen Einkommen (Opt-out bei Minijobs
30 beenden;)
- 31
32 • bessere Bewertung von Pflegezeiten in der Rentenversicherung (finanziert durch
33 Pflegeversicherung);
- 34
35 • eine rentenrechtliche Bewertung von Aus- und Fortbildungszeiten sowie Zeiten des ALG II-
36 Bezugs;
- 37
38 • die Abschaffung der Abschläge bei Erwerbsminderungsrenten;
- 39
40 • die Wiedereinführung einer angemessen ausgestalteten Berufsunfähigkeitsrente mit einer
41 weitgehend der vor der Reform des Jahres 2001 geltenden Regelung in der Definition der
42 Berufsunfähigkeit entsprechend § 43 Abs. 2 SGB VI alter Fassung, der Prüfung der
43 sozialen Zumutbarkeit einer anderweitigen Tätigkeit, d. h. Berufsschutz entsprechend dem
44 von der Rechtsprechung entwickelten Mehrstufenschema, in den
45 Anspruchsvoraussetzungen für eine Berufsunfähigkeitsrente und in der Bemessung der
46 Rentenhöhe;
- 47
48 • die Stärkung der gesetzlichen Rentenversicherung durch eine Wiederanhebung des
49 Sicherungsniveaus auf mindestens 50%;
- 50
51 • die Abschaffung der sozialversicherungsfreien Entgeltumwandlung;
- 52
53 • Vertrauensschutz der bestehenden Riester-Verträge;
- 54

- 1 • die vollständige Mitnahmemöglichkeit bereits bestehender betrieblicher Altersvorsorge bei
2 einem Wechsel des Arbeitgebers;
3
- 4 • die Öffnung der gesetzlichen Rentenversicherung für Zusatzbeiträge;
5
- 6 • die Weiterentwicklung der gesetzlichen Rentenversicherung hin zu einer zukunftsfesten
7 Erwerbstätigenversicherung, in die sofort alle nicht obligatorisch abgesicherten
8 Selbständigen, Freiberufler usw. ohne ausreichende Altersvorsorge, sowie Abgeordnete
9 einbezogen werden. Mittelfristig sollen nach einem Stichtag alle danach neu
10 Erwerbstätigen (auch Beamte, Ärzte und Rechtsanwälte) einbezogen werden;
11
- 12 • eine vorgezogene Beitragssatzanhebung (paritätisch) zum Aufbau einer
13 Finanzierungsrücklage;
14
- 15 • die deutliche Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze;
16
- 17 • eine deutliche Anhebung des Schonvermögens je Lebensjahr in der Grundsicherung.
18

19 **Zeit für bessere Pflege**

20
21 In einer urbanen Großstadt wie München begegnen sich Menschen mit völlig unterschiedlicher
22 Absicherung im Krankheits- oder Pflegefall besonders häufig, Unterschiede und Ungerechtigkeiten
23 fallen besonders auf. Pflegende Angehörige brauchen mehr Unterstützung, Beratung und eine
24 Entlastung von Bürokratie. Die Landeshauptstadt München hat unter einer sozialdemokratischen
25 Führung in vielem vorgemacht, wie Menschen im Fall einer (drohenden) Pflegebedürftigkeit
26 unterstützt werden sollen. Insbesondere müssen sie gut beraten und begleitet werden – vor allem
27 auch, wenn sich keine Angehörigen um sie kümmern können. Dazu gehört ein gutes Netz von
28 Beratungsstellen sowie Alten- und Service-Zentren. In den Heimen unterstützt die
29 Landeshauptstadt München durch freiwillige Leistungen unter anderem den
30 Heimaufnahmeprozess und die soziale Betreuung.

31 Die Personalausstattung der Krankenhäuser ist unzureichend. Darunter leidet die Gesundheit der
32 Beschäftigten und die der Patienten. Krankenhäuser mit den geringsten Personalkosten und den
33 schlechtesten Arbeitsbedingungen stehen finanziell am besten da.

34 Trotz der Pflegestärkungsgesetze bleibt im stationären Bereich noch viel zu tun. Verlässliche
35 Dienstpläne sind die Voraussetzung für ausgeruhte und engagierte Altenpflegerinnen und
36 Altenpfleger und eine gute Pflege. Es darf nicht sein, dass nur noch durch teure und qualitativ
37 schlechtere Zeitarbeitskräfte die gesetzlich vorgeschriebene Fachkraftquote erfüllt wird und der
38 Betrieb aufrechterhalten werden kann.

39 Die gesetzliche Pflegeversicherung muss so ausgestattet sein, dass Pflegeleistungen
40 auskömmlich für alle Menschen finanziert werden können, ohne in immer umfangreicheren Maß
41 auf die – kommunal finanzierte – Sozialhilfe zurückgreifen zu müssen.

42 Daher wollen wir auch in der Pflegeversicherung eine Versicherungspflicht für alle in einer
43 Bürgerversicherung mit einheitlichen Rahmenbedingungen gestalten, in die alle Bürgerinnen und
44 Bürger einzahlen, unabhängig von der Art ihres Einkommens, jedoch entsprechend ihrer jeweiligen
45 Leistungsfähigkeit. Wenn auch Wohlhabende (stärker als bisher) in die Versicherung einzahlen,
46 kann der Beitragssatz stabil bleiben. Gleichzeitig kann das Leistungsspektrum erweitert werden,
47 z.B. um den Eigenanteil an den Pflegekosten zu verringern. Viele nationale und internationale
48 Studien zeigen, dass es einen engen Zusammenhang zwischen guter Personalausstattung und
49 Behandlungserfolgen gibt.

50 Der Wettbewerb um Personalkosten muss beendet werden. Eine ausreichende Finanzierung des
51 erforderlichen Personals ist sicherzustellen. Nur eine gesetzliche Personalbemessung bietet für
52 alle Krankenhäuser die gleiche Ausgangslage.
53

54 **Deshalb fordern wir:**

- 55 • eine Abkehr von den Fallpauschalen in den Krankenhäusern und eine Reform deren
56 Finanzierung. Dabei müssen vor allem kommunale Krankenhäuser mit ihrem

1 umfangreichen Angebot der Grundversorgung gestärkt werden.

- 2
- 3 • eine gesetzlich geregelte Personalbemessung der Krankenhäuser;
- 4
- 5 • eine Bemessungs- und Finanzierungsgrundlage für die Beiträge zur Pflegeversicherung,
- 6 die alle Einkommensarten miteinbezieht;
- 7
- 8 • eine umfassende, wohnortnahe Versorgung mit Alters- und Palliativmedizin sowie einer
- 9 bedarfsgerechten Zahl von Hospizen;
- 10
- 11 • eine Aufwertung der Pflegeberufe und insbesondere des Ansehens, der Bezahlung und der
- 12 Rahmenbedingungen der Altenpflege und eine einheitliche, kostenfreie Aus- und
- 13 Weiterbildung;
- 14
- 15 • Verbesserungen für pflegende Angehörige;
- 16
- 17 • eine Grundversorgung notwendiger Heil- und Hilfsmittel ohne Zuzahlungen;
- 18
- 19 • eine weitere Stärkung der ambulanten Pflege und eine verbesserte Förderung innovativer,
- 20 wohnortnaher Pflegemodelle;
- 21
- 22 • eine Stärkung der Rolle der Kommunen in der Grundversorgung und Beratung von
- 23 pflegebedürftigen Menschen und ihren Angehörigen;
- 24
- 25 • eine Grundfinanzierung von kommunalen Netzwerken der Beratung und Versorgung von
- 26 pflegebedürftigen Menschen durch den Bund;
- 27
- 28 • eine umfassende, wohnortnahe Versorgung mit Alters- und Palliativmedizin sowie
- 29 bedarfsgerecht wesentlich mehr Hospizen;
- 30
- 31 • eine Aufwertung der Pflegeberufe und eine einheitliche, kostenfreie Aus- und
- 32 Weiterbildung.
- 33

34 **Zeit für die Bürgerversicherung**

35
36 Die gesetzliche Krankenversicherung (GKV) und die gesetzliche Pflegeversicherung verzeichnen
37 eine strukturelle Einnahmenschwäche, die derzeit durch die dauerhaft gute konjunkturelle
38 Entwicklung überlagert wird. Diese strukturelle Einnahmenschwäche wird durch die
39 Beitragsbemessungsgrenze, die Begrenzung auf Lohn- und Erwerbseinkommen und durch die
40 Risikoselektion zugunsten der Privaten Krankenversicherung hervorgerufen.

41 Konjunkturelle Krisen werden jedoch auf die ausschließlich von den Versicherten zu zahlenden
42 Zusatzbeitragssätze durchschlagen.

43 Gleichzeitig gibt es in der GKV Gerechtigkeitsdefizite wie eine gleich hohe Belastung bei gleich
44 hohem Einkommen bei unterschiedlichen Versichertenzahlen, der Belastung von Einkommen aus
45 unselbstständiger Arbeit aber nicht von Einkommen aus Vermögen, eine unterschiedlich hohe
46 Belastung bei unterschiedlich hohem Einkommen, einer regressiven Wirkung der
47 Beitragsbemessungsgrenze.

48 Die Defizite der Trennung in gesetzliche und private Versicherung treten immer deutlicher hervor.
49 Daher wollen wir eine Versicherungspflicht für alle in einer Bürgerversicherung mit einheitlichen
50 Rahmenbedingungen gestalten, in die jeder Bürger einzahlt, unabhängig vom Einkommen. Wenn
51 auch Wohlhabende in die Versicherung einzahlen, kann der Beitragssatz sinken und Unternehmen
52 und Arbeitnehmer können entlastet werden. Nur so kann die Ungleichbehandlung aufgehoben und
53 die negative Risikoauslese abgeschafft werden.

1 Für diesen Kurs gibt es keine grundsätzlich sozial- und verfassungsrechtlichen Bedenken.
2 Allerdings gibt es keine Regelungskompetenz des Bundesgesetzgebers für Beamte der
3 Bundesländer, und Altverträge müssen einen verfassungsrechtlichen Schutz genießen.
4 Daher besteht die Notwendigkeit der Organisation eines Übergangs, der u.a. ein befristetes
5 Wahlrecht für Altverträge enthält und die Mitnahme der Altersrückstellungen garantiert.

6 7 **Deshalb fordern wir:**

- 8 • die Wiederherstellung der paritätischen Finanzierung in der Krankenversicherung,
9
- 10 • die deutliche Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze,
11
- 12 • die Möglichkeit für Beamte auf Bundesebene über eine Sonderregelung in eine
13 Bürgerversicherung einzutreten,
14
- 15 • dass die Bürgerversicherung auch für Kleinselbstständige bezahlbar sein muss, daher
16 muss die Mindestbemessungsgrundlage abgesenkt werden,
17
- 18 • die Beitragspflicht aller Einkommensarten, da die Anteile von Einkommen aus Vermögen
19 immer stärker steigen. Diese Verbeitragung ist über die Finanzbehörden abzuwickeln,
20
- 21 • dass es darüber hinaus wie 2013 einen Schuldenerlass für säumige BeitragszahlerInnen
22 geben muss.
23
- 24 • eine Grundversorgung notwendiger Heil- und Hilfsmittel ohne Zuzahlungen.

25 26 **Zeit für Ordnung auf dem Arbeitsmarkt**

27
28 Der Arbeitsmarkt in der Landeshauptstadt zeichnet sich auf den ersten Blick eher durch einen
29 Mangel an qualifizierten Arbeitskräften als durch Arbeitslosigkeit aus. Aber bei näherer
30 Betrachtung wird schnell klar, dass dieser Eindruck nur die halbe Wahrheit ist.
31 Existenzsichernde Erwerbsarbeit ist die Voraussetzung für gleichberechtigte gesellschaftliche
32 Teilhabe und ein gutes Leben. Doch das Normalarbeitsverhältnis – Vollzeit,
33 sozialversicherungspflichtig, tariflich abgesichert, unbefristet und Existenz sichernd - wird mehr
34 und mehr durch prekäre Beschäftigung – Teilzeit, geringfügige und/oder befristete Beschäftigung,
35 Leiharbeit sowie ohne Tarifbindung zurückgedrängt.
36 Gleichzeitig möchten immer mehr Menschen Beruf und Familie partnerschaftlich vereinbaren. Aber
37 nur die wenigsten können dieses Partnerschaftsmodell leben. Während Männer in der Regel ihre
38 Arbeitszeit für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf gerne reduzieren möchten,
39 stecken Frauen meist unfreiwillig in der Teilzeitfalle fest. Über die Hälfte der erwerbstätigen Frauen
40 - zum ganz großen Teil Mütter - arbeiten häufig unfreiwillig Teilzeit. Damit ist in vielen Fällen weder
41 die eigene Existenzsicherung noch die der Kinder möglich.
42 Teilzeitbeschäftigte arbeiten häufig unter ihrer Qualifikation, werden schlechter bezahlt als
43 Vollzeitkräfte, haben kaum Möglichkeiten zur betrieblichen oder überbetrieblichen Weiterbildung
44 und werden beim beruflichen Aufstieg wegen ihrer Arbeitszeit kaum berücksichtigt. Dies führt am
45 Ende eines Erwerbslebens in der Regel zu nicht existenzsichernden Rentenansprüchen. Wegen
46 der immer noch einseitig den Frauen zugeschriebenen Verantwortung für die Vereinbarkeit von
47 Familie und Beruf haben auch in Vollzeit erwerbstätige Frauen trotz bester Qualifikation kaum
48 Chancen eine Führungsposition auszuüben. Darüber hinaus werden überwiegend von Frauen
49 ausgeübte Tätigkeiten in der Regel schlechter bewertet und bezahlt als die von Männern
50 ausgeübten Tätigkeiten. Die Lohnlücke zwischen Frauen und Männern beträgt derzeit 21%, die
51 Rentenlücke sogar über 50%. Aber nicht nur die Erwerbsarbeitszeiten sind ungleich verteilt,
52 sondern auch die unbezahlte Sorgearbeit im Haushalt, bei der Kindererziehung oder der
53 Unterstützung pflegebedürftiger Angehöriger.
54 Aber auch die Arbeitsbedingungen haben sich verändert und sind noch immer nicht alters- und
55 altersgerecht ausgestaltet. Im Gegenteil! Die Arbeitsverdichtung hat zugenommen – sowohl in der
56 Industrie als auch im Dienstleistungssektor. Ebenso wie die Erwartung der Allzeitverfügbarkeit für

1 den Betrieb. Auch die Digitalisierung trägt zur Entgrenzung von Arbeit und Leben bei. Dadurch
2 wird die Balance immer schwieriger und immer mehr Beschäftigte fühlen sich überfordert.
3 Für Langzeitarbeitslose stehen auf dem Arbeitsmarkt zu wenig Beschäftigungsmöglichkeiten zur
4 Verfügung. Aber auch sie haben das Anrecht darauf, mit Arbeit ihre eigene Existenz zu sichern. Es
5 ist sinnvoller Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren. Zur Wahrheit gehört aber auch, dass
6 zwischenzeitlich erkannte Fehler der Agenda 2010 weiter korrigiert werden müssen. Der
7 gesetzliche Mindestlohn war ein erster Schritt, die Verlängerung der Bezugszeiten für
8 Arbeitslosengeld I ist aus unserer Sicht der dringendste nächste. Gerade für Menschen, die im
9 fortgeschrittenen Alter unverschuldet arbeitslos werden, braucht es Perspektiven.
10 Der demographische Wandel stellt uns vor große Herausforderungen: Immer mehr ältere
11 Menschen haben zu Recht den Eindruck, dass ihre Lebensleistung im Alter nicht ausreichend
12 anerkannt und gewürdigt wird. Landflucht, hohe Mieten in den Ballungsräumen, Unterversorgung
13 auf dem Land, Ungleichheit der Lebensverhältnisse in finanzstarken und –schwachen Kommunen,
14 die Zwei-Klassen-Medizin und mangelnde medizinische Versorgung in der Fläche führen zu
15 sozialer Ausgrenzung und verhindern gesellschaftliche Teilhabe für alle.
16 Wir wollen wieder Ordnung auf dem Arbeitsmarkt herstellen und den Beschäftigten wieder
17 Sicherheit geben. Wir wollen die Gleichstellung von Frauen und Männern auf dem Arbeitsmarkt
18 durchsetzen und damit mehr Menschen eine partnerschaftliche Vereinbarkeit von Familie und
19 Beruf ermöglichen.
20 Gute Arbeit und an die Bedürfnisse der Beschäftigten ausgerichtete Arbeitszeiten sind
21 Voraussetzung für ein gutes Leben und gleiche Teilhabe in allen gesellschaftlichen Bereichen.
22 Wir wollen Langzeitarbeitslosen eine Perspektive geben. Zu einem guten Leben und
23 gesellschaftlicher Teilhabe für alle gehören auch bezahlbares Wohnen und eine gute medizinische
24 und pflegerische Versorgung.
25 Wir wollen die fortschreitende Digitalisierung zum Vorteil aller Beschäftigten mitgestalten, damit sie
26 nicht zu schlechteren Arbeitsbedingungen führt.

27

28 Deshalb fordern wir:

- 29 • Einen armutsfesten Mindestlohn - ohne Ausnahmen und mit wirkungsvollen Kontrollen -
30 von dem sich auch in München leben lässt;
- 31
- 32 • die Abschaffung der sachgrundlosen Befristung sowie die Einschränkung der
33 Befristungsgründe;
- 34
- 35 • die Einführung der befristeten Teilzeit mit einem Rückkehrrecht zur früheren Arbeitszeit;
- 36
- 37 • die Reform der Minijobs auf Basis des DGB-Modells;
- 38
- 39 • eine intensivere und praxistaugliche Bekämpfung des Missbrauchs von Leiharbeit,
40 Werkverträgen und Scheinselbstständigkeit. Der Grundsatz gleicher Lohn für gleiche Arbeit
41 am gleichen Ort muss eingehalten werden;
- 42
- 43 • die Vereinfachung der Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen z. B. in
44 Firmen mit vielen prekär Beschäftigten;
- 45
- 46 • die Durchsetzung von Recht und Ordnung auf dem Arbeitsmarkt durch wirksame Kontrollen
47 des Arbeits- und Sozialrechts sowie eine bessere und bundesweite Koordinierung;
- 48
- 49 • eine generelle Arbeitszeitverkürzung;
- 50
- 51 • die Einführung der Familienarbeitszeit für Eltern und pflegende Angehörige, die als
52 Lohnersatzleistung ausgestaltet werden soll;
- 53
- 54 • die Einführung der Wahlarbeitszeit (Wahlarbeitsgesetz);
- 55

- 1 • die Inklusion von Menschen mit Behinderung;
- 2
- 3 • den Ausbau der frühkindlichen Ganztagsbetreuung und einen Rechtsanspruch auf einen
- 4 Ganztagsschulplatz;
- 5
- 6 • gebührenfreie Bildung von der Kinderkrippe über Studium und Ausbildung bis zur
- 7 Weiterbildung;
- 8
- 9 • bis zur Verwirklichung der Gebührenfreiheit, die steuerliche Gleichbehandlung von
- 10 Arbeitgeberzuschüssen zu Hortplätzen mit denen für Kita-Plätze;
- 11
- 12 • die Weiterentwicklung des Lohntransparenzgesetzes zu einem Entgeltgleichheitsgesetz, in
- 13 dem alle Beschäftigten erfasst werden, verbindliche Kriterien für Prüfverfahren, verbindliche
- 14 Verfahren zur Herstellung der Entgeltgleichheit und zur Bewertung gleichwertiger Arbeit
- 15 sowie ein Verbandsklagerecht vorgesehen werden;
- 16
- 17 • von den Tarifvertragsparteien ihre Tarifverträge auf direkte und indirekte Diskriminierung zu
- 18 überprüfen und diskriminierungsfrei auszugestalten;
- 19
- 20 • die Aufwertung sozialer Berufe;
- 21
- 22 • ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft, mit dem der Anteil der Frauen in den
- 23 höheren Unternehmensebenen gesteigert wird;
- 24
- 25 • eine feste Quote für börsennotierte oder mitbestimmte Unternehmen für Vorstände und
- 26 Aufsichtsräte, mit dem Ziel in zwei Schritten Parität zu erreichen;
- 27
- 28 • einen Ausbau der betrieblichen Mitbestimmung, sowie eine härtere Bestrafung von
- 29 Behinderung gewerkschaftlicher Arbeit und Betriebsratsgründungen (Union-Busting);
- 30
- 31 • die Verhinderung der Zergliederung der Betriebe in viele kleine neue Firmen. Beschäftigte
- 32 dürfen durch Umstrukturierung nicht entrechtet werden.
- 33
- 34 • die Stärkung und Unterstützung der Tarifvertragsparteien;
- 35
- 36 • die Beschäftigten bei den Kirchen müssen endlich arbeits-, tarif-, betriebs- und
- 37 mitbestimmungsrechtlich mit allen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern gleichgestellt
- 38 werden;
- 39
- 40 • einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor, sowie die finanzielle Förderung der
- 41 regionalen Arbeitsmärkte;
- 42
- 43 • Konzept der Bedarfsgemeinschaften für Arbeitslose auf Angemessenheit überprüfen und
- 44 Streichung von sämtlichen Sanktionen im Rechtskreis SGB II, die das Existenzminimum
- 45 berühren
- 46
- 47 • eine Streichung der Ungleichbehandlung unter 25jähriger HilfeempfängerInnen im
- 48 Rechtskreis SGB II;
- 49
- 50 • eine deutliche Verlängerung der Bezugszeiten von Arbeitslosengeld I, vor allem für ältere
- 51 Menschen bzw. langjährig Versicherten;
- 52

- 1 • die Anhebung der Regelsätze in den Rechtskreisen SGB II und SGB XII auf ein neu zu
2 berechnendes soziokulturelles Existenzminimum;
- 3
- 4 • Konzepte für die Integration geflüchteter Menschen in den Arbeits- und Ausbildungsmarkt;
- 5
- 6 • die Regulierung der Plattformarbeit;
- 7
- 8 • die Stärkung der Mitbestimmungsrechte der Betriebs- und Personalräte mit Blick auf die
9 Digitalisierung und Globalisierung;
- 10
- 11 • wirksamen Schutz von Whistleblowern.
- 12

13 **Zeit für gerechte Steuern**

14
15 Die Daseinsvorsorge muss gerecht finanziert werden – niemand weiß das besser, als wir in der
16 größten Kommune Deutschlands. Wir haben keinen Teil der Daseinsvorsorge privatisiert, aber wir
17 sind auf ausreichend hohe und zuverlässige staatliche Zuschüsse angewiesen, nicht zuletzt beim
18 Erhalt und Ausbau der Infrastruktur in unserer rasant wachsenden Stadt. Dabei müssen die
19 starken Schultern mehr tragen als die Schwachen. Darüber hinaus dürfen steuerliche Regelungen
20 insbesondere im Einkommensteuerrecht tradierte Rollenmuster nicht verfestigen.

21 Die aktuellen fiskalischen Spielräume müssen genutzt werden, um notwendige und
22 zukunftsweisende Investitionen in Bildung und Infrastruktur zu leisten. Darüber hinaus müssen wir
23 die Spielräume nutzen, um die zu erwartenden Herausforderungen des demographischen
24 Wandels lösen zu können. Das verstehen wir unter Generationengerechtigkeit.

25 Seit vielen Jahren steigt die Ungleichheit in Einkommen und Vermögen an. Studien des
26 Nobelpreisträgers Stiglitz und anderer zeigen, dass Ungleichheit schädlich für die wirtschaftliche
27 Entwicklung eines Staates ist. Sie ist aber vor allem ungerecht.

28 Der Steuersenkungswettbewerb innerhalb der EU ebenso wie die jüngsten Pläne der britischen
29 Regierung für eine Steuersenkung für Konzerne zerstören die Handlungsfähigkeit der Staaten,
30 unzählige Arbeitsplätze und am Ende unseren Wohlstand.

31 Wir wollen Steuergerechtigkeit wiederherstellen und mehr Handlungsspielraum zur Sicherung und
32 zum Ausbau der staatlichen Daseinsvorsorge in den Bereichen der Bildung, der Betreuungs-,
33 Verkehrs- und digitalen Infrastruktur, der finanziellen Ausstattung der Kommunen und zur
34 Unterstützung der Aufgaben im Zusammenhang mit dem demographischen Wandel zu erlangen.

35 Zur Stärkung der Kommunalfinanzen soll auch der schädliche Wettbewerb um niedrigere
36 Gewerbesteuerhebesätze zwischen den Kommunen eingedämmt werden. Wir fordern die
37 Erhöhung des im Jahr 2004 durch die rotgrüne Bundesregierung eingeführten Mindesthebesatzes.
38 Wir wollen ein sozialverträgliches Steuerrecht. Wir wollen damit die Grundlage für ein erfolgreiches
39 und erfülltes Zusammenleben und gesellschaftliche Teilhabe für alle schaffen.

40 41 **Deshalb fordern wir im Einkommenssteuerrecht:**

- 42 • den Umstieg vom Ehegattensplitting zur Individualbesteuerung, wobei die gegenseitige
43 Unterhaltsverpflichtung steuerfrei bleibt. (Stichtagsregelung mit Bestandsschutz für vor
44 Stichtag geschlossene Ehen); die Lohnsteuerklassen sind entsprechend anzupassen;
- 45
- 46 • Verbesserungen für Alleinerziehende und insbesondere Geringverdienende;
- 47
- 48 • die Abschaffung der Abgeltungsteuer auf Einkünfte aus Kapitalvermögen und Rückkehr
49 zum vormals geltenden Besteuerungsregime nach Leistungsfähigkeit;
- 50
- 51 • eine Entlastung der unteren Einkommen, die vollständig durch Erhöhung des
52 Spitzensteuersatzes und der Reichensteuer für sehr hohe Einkommen gegenfinanziert
53 wird.
- 54
- 55 • Deckelung der Abzugsfähigkeit hoher Gehälter über 300.000 Euro jährlich von den
56 Betriebsausgaben;

1 Deshalb fordern wir bei der Vermögens- und Erbschaftssteuer:

- 2 • eine verfassungskonforme Wiederbelebung der privaten Vermögenssteuer nach dem
3 Modell unseres Alt-Oberbürgermeisters Georg Kronawitter;
4
- 5 • eine stärkere Besteuerung wirklich großer Erbschaften;
6
- 7 • das Erbschaftsteuerrecht zu vereinheitlichen und gerechter zu gestalten. Die übermäßigen
8 Begünstigungen des Betriebsvermögens sind zu revidieren und auf kleine und mittlere
9 Unternehmen zu begrenzen.

10 Deshalb fordern wir für Finanztransaktionen:

- 11 • endlich die Einführung der längst versprochenen Finanztransaktionssteuer;
12
- 13 • das gesetzliche Verbot des Hochfrequenzhandels.

14 Deshalb fordern wir beim Steuervollzug:

- 15 • eine bessere personelle und materielle Ausstattung der Steuerprüfung und Steuerfahndung
16 zur Eindämmung der Steuerhinterziehung;
17
- 18 • den schrittweisen Übergang zur Selbstveranlagung von Arbeitnehmern, Rentner und
19 Steuerpflichtigen mit geringen sonstigen Überschusseinkünften;
20
- 21 • der Zinssatz für Steuernachzahlungen, Erstattungen, Aussetzungen der Vollziehung und
22 Stundungen wird auf 3% abgesenkt. Der Zinssatz für Hinterziehungen wird auf 9% erhöht;
23
- 24 • eine bessere internationale Kooperation im Steuerdatenaustausch und eine
25 Harmonisierung von Unternehmensbesteuerung. Das OECD-Projekt zur gerechteren
26 Besteuerung von globalen Unternehmen (sog. BEPS-Initiative“) ist konsequent
27 umzusetzen. Soweit einzelne Staaten dem nicht nachkommen, wird eine SPD-geführte
28 Bundesregierung unilaterale Maßnahmen zur Begrenzung des Absaugens von
29 Besteuerungssubstrat in diese Länder ergreifen.

30 Deshalb fordern wir im Haushaltsrecht:

- 31 • ab der nächsten Wahlperiode die Verankerung von Gleichstellung als Querschnittsaufgabe
32 in den finanzpolitischen Entscheidungen, bei der Haushaltsaufstellung und beim
33 Haushaltsvollzug (Gender Budgeting);
34
- 35 • Verzicht auf alle öffentlich-private Partnerschaften zur Finanzierung der öffentlichen
36 Infrastruktur;
37
- 38 • Schaffung von Transparenz bei Einnahmen, Ausgaben und Vermögensbeständen
39 gemeinnütziger Körperschaften;
40

41 Zeit für bessere Aus- und Weiterbildung

42
43 Bildungsgerechtigkeit ist die Grundlage für beruflichen Erfolg, eine eigenständige
44 Existenzsicherung und für eine gute Altersversorgung. Bildung darf deshalb nicht vom Geldbeutel
45 der Eltern oder von der sozialen Herkunft abhängig sein. Eine gerechte Gesellschaft wird durch ein
46 frühes und langes gemeinsames Lernen von Kindern aller sozialer Gruppen gefördert. Somit dient
47 Bildung der Integration und der Inklusion und befähigt zu einer größtmöglichen gesellschaftlichen
48 Teilhabe im späteren Lebensverlauf.
49

50 Obwohl Mädchen und junge Frauen die besseren Schulabschlüsse haben und mittlerweile die
51 Mehrzahl der Studienanfängerinnen/Studierenden stellen, sind die Berufschancen nach der
52 Ausbildung immer noch ungerecht verteilt. Dies liegt nicht nur an dem immer noch sehr
53 traditionellen Berufs- und Studienfachwahlverhalten von Frauen und Männern – so sind Frauen in

1 MINT-Berufen hoffnungslos unterrepräsentiert -, sondern auch an der Bewertung der sozialen
2 Berufe, sowie der Bewertung der von Frauen dominierten Berufe.

3
4 Dies ist teilweise schon bei der Ausbildung angelegt. In der dualen Ausbildung sind die
5 Berufsschulen kostenfrei und die Auszubildenden erhalten eine Ausbildungsvergütung. In den
6 überwiegend von Frauen gewählten verschulten Ausbildungsgängen wie z.B. den Gesundheits-,
7 Erziehungs- oder Pflegeberufen wird teilweise Schulgeld erhoben und nicht überall eine
8 Ausbildungsvergütung bezahlt. Die Lohndiskriminierung beginnt hier schon in der Ausbildung.

9
10 Gerade die Digitalisierung der Arbeitswelt erfordert eine ganzheitliche Weiterbildungsinitiative. Im
11 weiteren Verlauf eines Berufslebens muss deshalb der gleiche Zugang zu Aus- und Weiterbildung
12 garantiert werden – insbesondere für ältere Beschäftigte, Teilzeitbeschäftigte und Beschäftigte mit
13 Familienpflichten. Auch Aus- und Weiterbildung muss mit Beruf und Familie, auch für Beschäftigte
14 in Leiharbeit, vereinbart werden können.

15
16 Wir wollen eine gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Bildungschancen und
17 gerechten Zugang zu Aus- und Weiterbildung. Wir wollen Frauen und Männer darin unterstützen,
18 das traditionelle Berufs- und Studienfachwahlverhalten zu überwinden.

19
20 Wir wollen eine kostenlose (schulgeldfreie) Ausbildung für alle und gleichen Zugang für Frauen
21 und Männer zu betrieblichen und überbetrieblichen Weiterbildung, für Teilzeitbeschäftigte und
22 Eltern ebenso wie für Vollzeitbeschäftigte oder Ältere.

23
24 Wir brauchen eine strukturelle Neujustierung der Hochschulen, insbesondere im sogenannten
25 „Mittelbau“ deutscher Wissenschaftsinstitutionen. Die Reform des Wissenschafts-
26 zeitvertragsgesetzes wirkt der Kurzeitanstellungen zwar in Teilen entgegen; ohne eine strukturelle
27 Reform der Wissenschaftslandschaft wird sich das prekäre Anstellungsgefüge an Universitäten
28 aber nicht ändern, dass die maximale Autonomie und Autorität der Lehrstühle kompensiert durch
29 minimale Sicherheit und Garantie am unteren Ende der Wissenschaftshierarchie. Insbesondere für
30 Frauen ist diese strukturelle Reform für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie existenziell. Die
31 Schaffung von stabilen Anstellungsverhältnissen im Mittelbau muss gekoppelt werden mit einer
32 finanziellen Aufstockung der Grundfinanzierung von Hochschulen.

33 34 **Deshalb fordern wir:**

- 35
36 • den Ausbau der frühkindlichen Ganztagsbetreuung und einen Rechtsanspruch auf einen
37 Ganztagsschulplatz;
- 38
39 • eine besondere Form der Grundsicherung für Kinder, die ihren speziellen Bedarfen wirklich
40 gerecht wird und die prekäre Situation Alleinerziehender berücksichtigt;
- 41
42 • bereits in der Sekundarstufe 1 in den Unterricht integrierte Informationen über berufliche
43 Möglichkeiten in der dualen und universitären Ausbildung, die die Rollenstereotypen
44 überwinden, auf die Ausbildung vorbereiten und die Zahl der Ausbildungsabbrüche zu
45 reduzieren;
- 46 • eine geschlechtsneutrale Berufsberatung durch die Bundesagentur für Arbeit;
- 47
48 • weitere geeignete Maßnahmen für mehr Frauen in MINT-Berufen und mehr Männer in den
49 sozialen Berufen;
- 50
51 • die Schulgeld-, Lernmittel- und Studiengebührenfreiheit bis zum Abschluss der Ausbildung
52 für alle gesetzlich geregelten Ausbildungsgänge;
- 53
54 • eine Mindestausbildungsvergütung;
- 55 • eine Ausbildungsplatzumlage zur Sicherstellung eines auswahlfähigen und
56 bedarfsgerechten Angebotes an Ausbildungsplätzen und eine Ausbildungsgarantie;
- 57

- 1 • die Reform des Berufsbildungsgesetzes (BBiG) mit
- 2 ○ der Überführung der verschulden Ausbildungen in die duale Ausbildung oder in ein
- 3 duales Studium;
- 4 ○ Fahrkostenübernahme, Qualitätssicherung und Übernahmeregelung;
- 5 ○ der Einführung einheitlicher Rahmenbedingungen für das duale Studium;
- 6 ○ dem Ausbau in ein Weiterbildungssystem mit Qualitätssicherung und Zertifizierung,
- 7 Freistellungs- und Rechtsansprüchen und Finanzierungsmechanismen.
- 8 ○ Das reformierte und ausgebaut BBiG muss auch die Rechte von Aus- und
- 9 Weiterbildungsangeboten für alle Beschäftigten sichern. Insbesondere für Ältere,
- 10 Teilzeitbeschäftigte oder Beschäftigte mit familiären Verpflichtungen während
- 11 Erziehungs- und Pflegezeiten. Dazu gehört im Bedarfsfall auch ein
- 12 Kinderbetreuungsangebot.
- 13
- 14 • weitere Verbesserungen beim Wissenschaftszeitvertragsgesetz, gerade zugunsten von
- 15 Frauen;
- 16
- 17 • der Ausweitung der modularen Weiter- und Fortbildung, die unternehmensunabhängig
- 18 genutzt werden kann. Dabei wollen wir einheitliche Qualitätsstandards, die das heterogene
- 19 Umfeld der Weiterbildungssysteme transparenter und qualitätsbezogener macht.
- 20
- 21 • bundeseinheitliche Regelungen der Weiterbildung;
- 22
- 23 • die Weiterentwicklung der Arbeitslosenversicherung zu einer Arbeitsversicherung, die
- 24 Veränderungen der Arbeitswelt für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bewältigbar
- 25 macht und auch zweite, dritte und vierte Chancen ermöglicht.;
- 26
- 27 • die Anwendung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) auch im
- 28 Hochschulbereich;
- 29
- 30 • die Anpassung des Wohnzuschlags beim BAföG an den lokalen Mietspiegel am Studienort;
- 31
- 32 • ein elternunabhängiges BAföG, das in finanziellen Notlagen auch als Vollzuschuss gezahlt
- 33 werden soll;
- 34
- 35 • eine bundesweite Anstrengung, die digitale Ausstattung an Bildungseinrichtungen
- 36 zeitgemäß sicherzustellen;
- 37
- 38 • gezielte Maßnahmen des Zugangs Geflüchteter zu Ausbildung und Integration in den
- 39 Arbeitsmarkt.

40

41 **Zeit für mehr und ein gerechteres Europa**

42

43 Obwohl die neoliberale Politik seit der Finanzmarktkrise unter verstärkten Legitimationsdruck
44 geraten ist, wird sie in Europa weiterhin politisch gefördert und durchgesetzt. Unter dieser Politik
45 leiden Menschen vor allem in Südeuropa. Am Beispiel Griechenlands lassen sich die
46 Auswirkungen der Austeritätspolitik deutlich beobachten. Griechenland wird von Europa doppelt
47 belastet. Zum einen durch die unsolidarische Haltung in der Flüchtlingsfrage, zum anderen durch
48 die Austeritätspolitik. Dadurch ist die Schuldenlast des Landes inzwischen massiv auf 180 % des
49 Bruttoinlandsproduktes gestiegen.

50 Aber auch bei uns sind Menschen in Langzeitarbeitslosigkeit, Niedriglöhne und dauerhaft prekäre
51 Beschäftigung abgedrängt. Die Schere zwischen Arm und Reich öffnet sich so weit wie noch nie.
52 Der durch die Austeritätspolitik beförderte Sozialabbau verstärkt Bedrohungsängste in der
53 Bevölkerung und begünstigt damit rechtspopulistische Stimmungen. All das ist das Gegenteil
54 dessen, was die Menschen von einem vereinigten Europa erwarten.

55 Die konservative Europapolitik konnte die zunehmende wirtschaftliche und soziale Divergenz in
56 der EU, vor allem in der Eurozone, nicht stoppen. So ist zum Beispiel die italienische
57 Volkswirtschaft, die drittgrößte der Währungsunion, in den letzten sechs Jahren um
58 durchschnittlich ca. 0,3 Prozentpunkte geschrumpft; Deutschland hingegen ist durchschnittlich um

1 ca. 1,9 Prozentpunkte gewachsen. Das schlägt sich auch auf den Arbeitsmarkt nieder: Während
2 hierzulande immer neue Beschäftigungsrekorde verbucht werden, verharrt die Arbeitslosenquote
3 in Italien, aber auch in Frankreich, immer noch bei ca. 10 Prozent (ganz zu schweigen von den
4 Quoten in Griechenland und Spanien). Diese massiven Unterschiede bergen nicht nur Sprengkraft
5 für die Währungsunion, sondern auch hohe politische Risiken für den Zusammenhalt der
6 Gemeinschaft.
7 Deutschland hat mit dem hier ausgeübten Lohndruck nach unten einen Prozess der realen
8 Abwertung deutscher Exporte durchgesetzt. Das hat zu einer Verringerung der Importe geführt und
9 darüber der europäischen Wirtschaft geschadet. Diese ökonomische Misere wird verschärft, weil
10 Deutschland an seinem Kurs einer überzogenen Exportorientierung festhält und damit die anderen
11 Länder zur Anpassung ihrer Löhne und Sozialleistungen nach unten zwingt. Die Schuldenbremse
12 blockiert darüber hinaus die staatlichen Möglichkeiten von positiven Konjunkturimpulsen über
13 öffentliche Investitionen.
14 Wir brauchen eine neue Verständigung für mehr Sozialstaatlichkeit und europäische Identität. Wir
15 fordern die Abkehr von der Austeritätspolitik in Europa und die Bereitstellung ausreichender
16 Finanzierungsgrundlagen für die öffentliche Daseinsvorsorge. Wir brauchen eine neue
17 Verständigung über einen nachhaltigen Fortschritt, der die Endlichkeit der Ressourcen zum
18 Ausgangspunkt nimmt und ein qualitatives Wachstum anstrebt, welches erhöhte Lebensqualität
19 aller Menschen durch Steigerung der Qualität von Produkten und Dienstleistungen bedeutet.
20 Nach dem Brexit steckt die EU wohl in der größten Krise ihrer Geschichte. Dieser Krise können wir
21 nur mit einer klaren Linie begegnen. Und dies bedeute eine Kehrtwende hin zu einem
22 demokratischen, sozialen und ökologischen Europa der Vielen.
23 In Europa gibt es nach wie vor ein Demokratiedefizit. So hat das Europäische Parlament (EP) zwar
24 seit 1979 eine schrittweise Aufwertung erfahren, es besitzt aber trotzdem immer noch nicht die
25 vollen Rechte eines ordentlichen Parlamentes.
26 Zudem ist der europäische Entscheidungsprozess ineffektiv und undemokratisch. Die immer
27 stärker zwischenstaatliche Abstimmung zwischen nationalen Regierungen ist längst zur
28 Handelsmaxime konservativer Europapolitik geworden. Sie ist aber nicht Lösung, sondern Teil des
29 Problems. Denn im Kontext nationaler Wahlen sind Rechtsbeugung und -bruch von europäischen
30 Regeln vorbestimmt.
31 Ein weiteres Problem ist das ungleiche Vorgehen bei Regelverstößen in der EU. Wird gegen die
32 Verschuldungskriterien verstoßen, werden Strafzahlungen angedroht, bei Verstößen gegen
33 Rechtsstaatlichkeit und Pressefreiheit gibt es keine ähnlichen Konsequenzen. Das liegt auch
34 daran, dass der Europäische Rat einstimmig über Maßnahmen gegen Staaten entscheiden müsste,
35 die gegen rechtsstaatliche Prinzipien verstoßen, so dass der betroffene Staat immer sein Veto
36 einlegen kann.

37

38 **Deshalb fordern wir:**

- 39 • einen europäischen Solidaritätsfonds, um vor allem für junge Menschen neue Arbeitsplätze
40 zu schaffen;
- 41
- 42 • die Erhöhung der Eigenmittel des EU-Haushaltes durch Besteuerung von
43 Finanztransaktionen und CO2-Emissionen;
- 44
- 45 • eine EU-Investitionsoffensive für erneuerbare Energien, Forschung und Bildung,
46 Infrastrukturnetze und des Kulturerbes
- 47
- 48 • eine EU-Investitionsoffensive für ökologische Landwirtschaft, Schutz des Wassers und der
49 Luft;
- 50
- 51 • eine Neuordnung der Finanzwirtschaft. Das heißt im Einzelnen:
 - 52 ○ der Finanzsektor muss schrumpfen. Banken, die zu groß zum Sterben sind (too
53 big to fail), darf es nicht mehr geben. Dafür braucht es u.a. höhere
54 Eigenkapitalanforderungen für Finanzinstitute mit besonderer Berücksichtigung
55 von Sparkassen und Genossenschaftsbanken;
 - 56 ○ Austrocknung von Schattenbanken und Steueroasen;

- 1 ○ Einführung eines Trennbankensystems mit klarer Aufteilung in Geschäfts- und
2 Investmentbanken;
3 ○ Einführung einer europäischen Finanztransaktionssteuer. Diese Steuer muss den
4 Handel mit Aktien, Anleihen, Devisen und Derivaten umfassen;
5 ○ Einführung eines Finanz-TÜV. Dieser TÜV prüft Finanzprodukte auf ihren
6 sozialen und ökonomischen Nutzen und entscheidet über ihre Zulassung.
7 ○ Ausbau der betrieblichen Mitbestimmung und der Unternehmensmitbestimmung
8 auch in der Finanzwirtschaft;
9 ○ eine Änderung der EU-Finanzmarktrichtlinie (Mifid) zur Minimierung der
10 Spekulation mit Nahrungsmitteln und Agrarrohstoffen;
11
12 • eine Weiterentwicklung der europäischen Integration auf dem Feld der Wirtschafts- und
13 Sozialpolitik. Ziel muss sein, wirtschaftspolitische Steuerungsinstrumente für die Eurozone
14 zu schaffen, um die Wirtschafts- und Währungsunion handlungsfähiger zu machen und die
15 wirtschaftliche und soziale Divergenz zu stoppen und umzukehren. Diese neuen
16 Instrumente müssen demokratisch legitimiert sein.
17
18 Dafür braucht es
19 ○ ein gemeinsames europäisches Schuldenmanagement (Euro-Bonds),
20 ○ eine gemeinsame Fiskalpolitik,
21 ○ eine gemeinsame Haushaltspolitik und
22 ○ eine gemeinsame Lohn-, Sozial- und Steuerpolitik
23
24 • die Einführung von europäischen Mindeststandards für nationale
25 Arbeitslosenversicherungen und nationale Mindestsicherung,
26
27 • nichtgewählte Institutionen, wie die EU-Troika, dürfen den Mitgliedstaaten keine Politik
28 diktieren. Stattdessen muss das Europäische Parlament gestärkt werden.

29

30 **Zeit für bessere Flüchtlingspolitik**

31

32 65 Millionen Menschen sind inzwischen auf der Flucht. Die Gründe dafür sind vielfältig. Sie reichen
33 von politischer Verfolgung über Armut und Hunger bis hin zu Kriegen und bewaffneten
34 Auseinandersetzungen. Die meisten von ihnen halten sich außerhalb Europas auf, vor allem in den
35 Nachbarländern der betroffenen Staaten. Nur die wenigsten machen sich auf die gefährliche Reise
36 nach Europa. Viele von ihnen verlieren auf dem Weg, vor allem bei der Überquerung des
37 Mittelmeers ihr Leben. Jeder Tote ist einer zu viel!

38 Die Schuld daran tragen auch wir Europäer. Wir tun zu wenig, um Fluchtursachen zu beseitigen.

39 Durch unseren Wirtschaftsdruck und Waffenexporte tragen wir dazu bei, dass diese überhaupt
40 entstehen. Wir unterstützen die Nachbarländer der Herkunftsstaaten, in denen sich die meisten
41 Flüchtlinge aufhalten, nicht ausreichend. Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union nehmen zu
42 wenige Flüchtlinge auf, und immer noch gibt es keine vernünftige Möglichkeit, legal in die EU
43 einzureisen.

44 Durch die Dublin-Regelung, nach der Flüchtlinge nur in dem Land einen Asylantrag stellen dürfen,
45 über das sie in die EU eingereist sind, werden die Länder im Süden Europas unverhältnismäßig
46 stark belastet.

47 Als reiches Land tragen wir internationale Verantwortung. Wir können und wollen Menschen
48 Schutz und Zuflucht bieten, dabei wird keine Kommune, keine Gruppe der Bevölkerung
49 überfordert. Gerade wir in München haben eine breite und solidarische Flüchtlingshelferbewegung,
50 die Flüchtlingspolitik und das Ansehen unseres Landes in der Welt geprägt hat. Die Verteidigung
51 von Menschenrechten und des Asylrechtes ergibt sich direkt aus den Grundwerten der SPD.

52 Europäische Flüchtlingspolitik muss Fluchtursachen bekämpfen und Menschenrechte garantieren.

53

54 **Deshalb fordern wir:**

- 1 • die Mitgliedstaaten der EU müssen sich auf eine gemeinsame Verteilung der Flüchtlinge
2 auf alle EU-Mitgliedstaaten einigen;
3
- 4 • Wir wollen Fluchtursachen bekämpfen, damit Menschen in ihrer Heimat für sich und ihre
5 Familien Perspektiven finden und in Sicherheit leben können;
6
- 7 • Schnell und nachhaltig müssen die Einrichtungen der Vereinten Nationen mit den
8 erforderlichen Mitteln ausgestattet werden;
9
- 10 • Wir wollen, dass die europäische Abschottungspolitik aufhört und die Staaten Europas
11 sichere und legale Fluchtwege ermöglichen; hierbei soll langfristig Ziel sein, Menschen
12 auch die Möglichkeit zu geben, bei Botschaften und Konsulaten in ihren Herkunftsländern
13 Asylanträge zu stellen;
14
- 15 • Wir wollen, dass der Bund allein für die Erstaufnahme verantwortlich ist, die Registrierung
16 sowie Erstuntersuchung übernimmt und die Entscheidung über Asylanträge innerhalb von
17 drei Monaten bewältigt. Länder und Kommunen sind für die weitere Unterbringung und
18 Integration zuständig und entsprechend mit ausreichenden finanziellen Mitteln
19 auszustatten;
20
- 21 • Wir wollen, dass gerade junge Geflüchtete sicher ihre Ausbildung machen und beenden
22 können, dass Geflüchtete, wenn sie über einen sicheren Arbeitsplatz verfügen, auch als
23 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland bleiben können. Generell lehnen wir
24 jedoch eine Beurteilung des Aufenthaltsrechts von Geflüchteten nach einer
25 Verwertungslogik für den Arbeitsmarkt ab. Solange sich Geflüchtete im
26 Anerkennungsverfahren befinden und einen geduldeten Aufenthalt haben, müssen ihnen
27 Sprachkurse sowie Beschäftigungsmöglichkeiten angeboten werden.
28
- 29 • Abschiebungen in Länder, zu denen das Auswärtige Amt Reisewarnungen ausgesprochen
30 hat, lehnen wir ab;
31
- 32 • den örtlichen Kreisverwaltungsbehörden ist wieder ein eigener Spielraum einzuräumen.
33
- 34 • Wir wollen, dass sich auch die Stärksten in der Gesellschaft angemessen steuerlich
35 beteiligen, so dass der Staat auch finanzielle Herausforderungen, wie den Zuzug von
36 Menschen, bewältigen kann;
37
- 38 • die Unantastbarkeit des Asylrechts;
39
- 40 • die Schaffung eines Europäischen Einwanderungsgesetzes und einer gesetzlichen
41 Regelung der Zuwanderung;
42
- 43 • Deutschland soll sich auf EU-Ebene für die Abschaffung der Dublin-III-Regelung einsetzen;
44
- 45 • nach den innenpolitischen Entwicklungen in der Türkei eine kritische Überprüfung der
46 Beziehungen zu Ankara. Das fragwürdige Flüchtlingsabkommen mit der Türkei lehnen wir
47 in dieser Form ab.

48

49 **Zeit für echte Gleichberechtigung**

50

51 Wir wollen, dass alle Menschen in Deutschland die gleichen Rechte haben und gerecht behandelt
52 werden. Unabhängig von ihrem Geschlecht, ihrer sexuellen Orientierung, Herkunft oder
53 Behinderung. Für uns ist Familie dort, wo Menschen dauerhaft Verantwortung füreinander
54 übernehmen. München steht für ein diskriminierungsfreies, tolerantes und weltoffenes Miteinander.

Deshalb fordern wir:

- die Öffnung der Ehe auch für gleichgeschlechtliche Paare. Das schließt das Adoptionsrecht ausdrücklich mit ein. Wir haben 2001 die eingetragene Lebenspartnerschaft für gleichgeschlechtliche Paare eingeführt. Der nächste Schritt hin zur Öffnung der Ehe ist nur konsequent und wird von zwei Dritteln der Deutschen befürwortet.
- die Aufnahme des Schutzes vor Diskriminierung im Hinblick auf die sexuelle Orientierung in das Grundgesetz. Der Schutz vor Diskriminierung hat Verfassungsrang. Damit das auch im Hinblick auf die sexuelle Identität unmissverständlich gilt, werden wir das im Grundgesetzes (Art. 3 GG) ausdrücklich festschreiben.

die Korrektur des Unrechts der strafgerichtlichen Verurteilungen wegen einvernehmlicher homosexueller Handlungen (§ 175) in den Jahren 1945 bis 1994. Die unwürdigen Verurteilungen sind aufzuheben, die Betroffenen zu entschädigen und zu rehabilitieren.

Zeit für mehr Schutz der Umwelt und des Klimas

Auf dem Klimagipfel in Paris wurden im Dezember 2015 Klimaziele für das Jahr 2050 festgelegt, die weitreichender sind als alles bisher vereinbarte und die weltweit als großer Erfolg gefeiert werden. Nun müssen die Staaten aber auch den Weg beschreiten, diese Ziele zu verwirklichen, damit der Gipfel nicht als Show-Veranstaltung in die Geschichte eingeht. Das deutsche Umweltministerium unter der Leitung von Barbara Hendricks war nicht nur auf dem Gipfel einer der Vorreiter, sondern hat bereits durch Experten Vorschläge erarbeiten lassen, wie die Klimaziele zu erreichen sind. Neben dem Klimawandel ist das weltweite Artensterben und der Rückgang der Biodiversität eines der großen globalen Umweltprobleme. Wir wollen alle möglichen Maßnahmen ergreifen, um diesem Verlust an Flora und Fauna und ihrer genetischen Vielfalt Einhalt zu gebieten.

Klima- und Umweltschutz muss als politische Querschnittsaufgabe in allen Politikfeldern formuliert werden. Tierschutz ist ein unverzichtbarer Bestandteil verantwortungsvoller Ernährungs-, Landwirtschafts-, Verbraucher- und Umweltpolitik. Der pflegliche Umgang mit Tieren ist für uns auch dort, wo kein unmittelbarer Nutzen für die Menschen daraus folgt, eine ethische Verpflichtung. Tierversuche sind nach Möglichkeit zu vermeiden, eine artgerechte Tierhaltung ist unser Ziel.

Mit nachhaltiger Siedlungsentwicklung wollen wir gleichwertige Lebensbedingungen unter Berücksichtigung vorhandener ungleicher Voraussetzungen schaffen. Siedlungsstrukturen müssen nachhaltig die Funktionen Wohnen, Arbeiten, Erholen für alle Alters- und Einkommensgruppen, auch mit eingeschränkter Mobilität (körperlich oder ohne Auto), ermöglichen. Eine „Mindestdichte“ der Besiedlung erleichtert oder ermöglicht erst die (öffentliche) Daseinsvorsorge: Ärzte, Lebensmittelversorgung, Straßen, ÖPNV, Strom, Wasser, Abwasser, Telekommunikation. Gleichzeitig werden Flächenverbrauch und -versiegelung verringert.

Ein konsequenter Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs in der Wachstumsregion München ist dringend erforderlich. Aber damit sind wiederum immense Kosten verbunden. Auch für Unterhalt und Sanierung der bestehenden Infrastruktur sind hohe Millionenbeträge erforderlich. Gleichwohl gestaltet sich die Finanzierungssituation über den sogenannten „kommunalen Querverbund“ und durch die aktuelle Gesetzgebung viel schwieriger als in der Vergangenheit. Es bleibt weiterhin offen, wie viel Geld künftig für den Streckenneubau vom Bund zur Verfügung stehen wird. Das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) läuft 2019 aus und ist bereits jetzt mehrfach überzeichnet. Auch die Weiterführung des Entflechtungsgesetzes und der Finanzmittel ist derzeit noch unklar.

Wir fordern die Sicherstellung der Gemeindeverkehrsfinanzierung auch über 2019 hinaus. Eine langfristige Regelung im Sinne der Kommunen muss gefunden werden. Zudem fordern wir, dass im Zusammenhang mit der Reform des GVFG auch Sondermittel für die Sanierung bestehender Anlagen, die über GVFG-Mittel finanziert wurden, zur Verfügung gestellt werden. Wir brauchen gerade für Ballungszentren mit erhöhtem Investitionsbedarf die Bereitstellung von Sondermitteln. Die Regionalisierungsmittel müssen deutlich erhöht werden, auf mindestens 8,5 Mrd. Euro pro Jahr. Hierbei soll der Grundbetrag entsprechend angehoben und vor allem eine Dynamisierung

1 eingeführt werden. Wir brauchen auch eine Weiterführung der Regionalisierungsmittel für S-Bahn
2 und den Regionalverkehr.

3 Die Betreiber von ÖPNV-Anlagen müssen komplett von der EEG-Umlage befreit werden. Dies
4 muss für Fahrstrom und alle Betriebsanlagen (wie z.B. Fahrtreppen oder Automaten) gelten. Es ist
5 umweltpolitisch nicht nachvollziehbar, warum ÖPNV- NutzerInnen mit diesen Kosten belastet
6 werden.

7
8 **Deshalb fordern wir:**

- 9 • die konsequente Verfolgung der Klimaschutzziele der Pariser Klimakonferenz zur
10 Begrenzung des Temperaturanstiegs seit Beginn der Industrialisierung auf 1,5 Grad
11 Celsius;
- 12
- 13 • Anstelle des wirkungslos gewordenen Emmissionshandels eine CO2-Steuer mit allem
14 Nachdruck voran zu treiben;
- 15
- 16 • die umgehende Einführung der blauen Plakette für PKW zum zielgenauen Ausschluss von
17 Fahrzeugen mit hohem Stickoxidausstoß;
- 18
- 19 • Mitfinanzierung von Verkehrsmaßnahmen durch den Bund, die nicht nur einen
20 verkehrlichen Nutzen, sondern einen ökologischen oder lärmvermeidenden Nutzen haben;
- 21
- 22 • den Vorrang des Verkehrs auf der Schiene zu fördern, statt z. B. immer mehr Güter auf den
23 Straßen zu transportieren; dazu gehört auch eine zielgerichtete Finanzierung des
24 Schienenverkehrs und die Auflösung des Investitionsstaus;
- 25
- 26 • die Verlagerung des Flugverkehrs bei gleicher Reisezeit auf die Schiene;
- 27
- 28 • alle Bundesländer, auch Bayern zu verpflichten, als gesetzlich verbindliche
29 Mindestanforderung die Ziele der nationalen Biodiversitätsstrategie einzuhalten;
- 30
- 31 • eine umweltverträgliche und tierfreundliche Landwirtschaft zu fördern und den Anteil der
32 ökologischen Bewirtschaftung deutlich auszuweiten;
- 33
- 34 • die Sicherstellung und Verdoppelung der Haushaltsansätze der
35 Gemeindeverkehrsfinanzierung im Sinne der Kommunen auf Dauer, Sondermittel für die
36 Sanierung bestehender Anlagen und für Ballungsräume mit erhöhtem Finanzierungsbedarf
37 Sondermittel;
- 38
- 39 • eine Erhöhung der Regionalisierungsmittel und die Einführung einer Dynamisierung;
- 40
- 41 • eine Befreiung des ÖPNV von der EEG-Umlage;
- 42
- 43 • eine Erhöhung der LKW-Maut, die den Umweltbelastungen Rechnung trägt;
- 44
- 45 • verbindliche Vorgaben für unfallvermeidende Assistenzsysteme gerade bei LKWs;
- 46
- 47 • Erhebung einer Maut für Fernbusse;
- 48
- 49 • Förderung der nachhaltigen Siedlungsentwicklung und konkrete Maßnahmen gegen die
50 Zersiedelung und den Flächenfraß;
- 51
- 52 • Förderung der nachhaltigen Mobilität, insbesondere durch
 - 53 ○ Erhöhung der finanziellen Mittel für den Ausbau des öffentlichen
 - 54 Personennahverkehrs;
 - 55 ○ Stärkere Berücksichtigung und Förderung des Fußgängerverkehrs;

- 1 ○ verstärkter Ausbau der E-Mobilität mit konkreten Vorgaben für die Industrie;
- 2 ○ verbesserter Radverkehrsstrategien;
- 3
- 4 • Mikroplastik und Nanotechnik zu begrenzen, zu filtern und zu steuern;
- 5
- 6 • die Verschärfung des Straftatbestandes der Gewässer- und Grundwasserverschmutzung;
- 7
- 8 • die Untätigkeit beim Gewässer- und Grundwasserschutz (jüngst auch von der EU
- 9 angeprangert) wird beendet, eine Freiheitsstrafe soll die Regel werden und die
- 10 Aufklärungsquote (bisher 20%) wird deutlich erhöht;
- 11
- 12 • ein Verbandsklagerecht für seriöse Tierschutzorganisationen;
- 13
- 14 • die Stärkung der tierversuchsfreien Forschung und Verbesserungen im Tierschutzgesetz.
- 15
- 16

17 **Zeit für mehr Verbraucherschutz:**

18
19 Wir brauchen mehr Verbraucherschutz. Wir wollen die Verbraucher*innen vor immer mächtigeren
20 globalen Konzernen schützen und neuen Entwicklungen und Problemen, insbesondere im Internet,
21 aber auch im Lebensmittelbereich, Rechnung tragen.

22 **Deshalb fordern wir:**

- 24 • alle wichtigen staatlichen Behörden, wie zum Beispiel das Kraftfahrzeugbundesamt oder
- 25 die Finanzaufsicht BaFin, auf Verbraucherschutz als Querschnittsaufgabe zu verpflichten;
- 26
- 27 • eine weitere Stärkung der Verbraucherschutzzentralen und der Verbraucherberatung;
- 28
- 29 • die Gewährleistung für Produkte zu verlängern und zu verbessern;
- 30
- 31 • die Lebensmittelüberwachung bundesweit zu vereinheitlichen und zu verstärken, und
- 32
- 33 • die Ergebnisse von Lebensmittelkontrollen für jede*n leicht zugänglich zu veröffentlichen;
- 34
- 35 • eine eindeutige und verständliche Kennzeichnung der Herkunft von Lebensmitteln, ihres
- 36 Nährwerts und bei tierischen Produkten der Haltungsform.
- 37
- 38

39 **Zeit für mehr Demokratie**

40
41 Wer den Menschen unabhängig von Herkunft, Bildungsstand oder Geschlecht die gleiche Würde
42 zuerkennt, der setzt sich auch für gleiche Rechte ein. Deshalb hat die Arbeiterbewegung das
43 gleiche Wahlrecht für alle erkämpft gegen die Konservativen, die an einer ständischen Ordnung
44 festhielten. Irrtümer, Enttäuschungen, schlimmste Erfahrungen inbegriffen: Sozialdemokratie geht
45 nur emanzipativ. Sie glaubt an den Menschen, sie gibt nicht auf, sie will immer eine nächste
46 Chance.

47 Die SPD ist Demokratiepartei: die Arbeiterschaft hat die Demokratie erkämpft, wir haben das
48 Wahlrecht für Frauen durchgesetzt, wir haben Demokratie immer gegen ihre Feinde verteidigt, wir
49 haben mit Willy Brandt mehr Demokratie gewagt. Das bleibt unser Auftrag.

50 Gleichzeitig müssen wir Grenzen der Meinungs- und Versammlungsfreiheit aufzeigen und unsere
51 Demokratie vor deren Feinden schützen. Es ist unerträglich, dass nach unseren Erfahrungen mit
52 dem Faschismus Rechtsextreme und Neonazis gerade an besonders schützenswerten Orten des
53 Gedenkens an die Opfer marschieren. Verfassungsfeindlichkeit oder gruppenbezogener
54 Menschenfeindlichkeit wie Rassismus oder Antisemitismus gilt es mit allen Mitteln der wehrhaften
55 Demokratie entschieden entgegen zu treten.

1 Wer in anderen Staaten und Nationen Grundrechte nach unserer Verfassung einschränkt oder gar
2 abschaffen will, darf sich bei uns nicht uneingeschränkt auf Versammlungs- und Redefreiheit
3 berufen.

4

5 **Deshalb fordern wir:**

- 6 • eine Grundgesetzänderung des Art. 28 (1), so dass auch Nicht-EU-Bürgerinnen und -
7 Bürger nach einer festzulegenden Frist das Wahlrecht auf kommunaler Ebene erhalten.;
- 8
- 9 • Parteien, deren verfassungsfeindliche Ziele höchstrichterlich festgestellt wurden, von der
10 Parteifinanzierung auszuschließen;
- 11
- 12 • mehr Handlungsmöglichkeiten für die Kommunen, rechtsextreme Aufmärsche und
13 Kundgebungen gerade an Gedenktagen und Gedenkorten zu untersagen;
- 14
- 15 • Verfassungs- und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit zu bekämpfen, bevor sie
16 entstehen. Wir wollen deshalb eine verstärkte Unterstützung für präventive Initiativen und
17 Maßnahmen gegen politische und religiöse Radikalisierung.

18

19 *X Angenommen*